

---

## Ein gewaltiger Schaden für den Klimaschutz

Einen vorläufigen Höhepunkt des ideologiegetriebenen Kampfes gegen bezahlbare Automobilität nennt der UNITI-Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen den Beschluss des EU-Parlaments für ein faktisches Neuzulassungsverbot für Verbrenner ab dem Jahr 2035. Vor allem die Entscheidung, CO<sub>2</sub>-neutrale e-Fuels nicht im Rahmen der CO<sub>2</sub>-Flottenregulierung anzurechnen, sei sachlich nicht begründbar.

Flüssige synthetische e-Fuels ermöglichen es, Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor CO<sub>2</sub>-neutral anzutreiben. Dieser Beitrag zum Klimaschutz soll nach der gestrigen Entscheidung des EU-Parlaments weiterhin keine Anrechnung bei der CO<sub>2</sub>-Flottenregulierung finden. Damit bleibe eine unüberwindbare Hürde für notwendige Investitionen der Wirtschaft in den Aufbau dieser klimafreundlichen Technologie bestehen, meint Uniti-Hauptgeschäftsführer Elmar Kühn und unterstreicht: „Dem Klimaschutz wird damit gewaltiger Schaden zugefügt, der schnelle Übergang zum klimaneutralen Verkehr spürbar verlangsamt und die Bedürfnisse der Menschen geraten völlig aus dem Blick.“

Kühn folgert: „Es geht den Gegnern der E-Fuels daher erkennbar nicht um Klimaschutz, sondern diese führen vielmehr einen ideologisch motivierten Kampf gegen das Auto selbst. Statt die individuelle Automobilität CO<sub>2</sub>-neutral zu gestalten, möchten sie diese de facto unbezahlbar machen und so abschaffen.“

Hoffnung setzt Kühn in den EU-Ministerrat, der sich in Kürze mit dem „Fit for 55“-Paket beschäftigen wird. „Vor allem in Süd- und Osteuropa kann und wird E-Mobilität allein schon aus Kostengründen weiterhin keine Rolle spielen. Ich hoffe, vor allem die Vertreter dieser EU-Mitgliedsstaaten unterstützen eine Korrektur der Entscheidungen des EU-Parlaments und agieren damit im Interesse des Klimaschutzes sowie ihrer Bürger.“ (aum)

---

## Bilder zum Artikel



Uniti.

Foto: Autoren-Union Mobilität/Uniti

---